

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Cornelia Behm, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Joseph Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Biogaseinspeisung und Wärmeeinsparung jetzt voranbringen – Konsequenzen aus Erdgas-Streit und Ressourcenverknappung ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der erneute russisch-ukrainische Streit um Gaslieferungen hat Deutschland und Europa die eigene hohe Abhängigkeit von Energieimporten erneut vor Augen geführt. Es ist abzusehen, dass mit der Endlichkeit der fossilen Energierohstoffe und des Urans politische Spannungen und Konflikte zunehmen werden. So gab es letztes Jahr Kraftwerksabschaltungen wegen Kohleverknappung in China und Südafrika und in Indien wurde die Leistung der Atomkraftwerke wegen Uranmangels reduziert.

Deshalb muss es Ziel sein, die Abhängigkeiten unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft von Mineralöl, Kohle, Gas und Uran deutlich zu verringern – für eine höhere Versorgungssicherheit, aber auch aus Gründen der Ökologie, des Klimaschutzes und zur Vermeidung weiterer energiepolitischer Krisen.

Europa ist von wenigen Erdgaslieferländern abhängig. Die Abhängigkeit von Ländern außerhalb der EU wird sich vergrößern, Großbritannien und die Niederlande werden schon mittelfristig nicht mehr als Exporteur zur Verfügung stehen und werden bereits selbst zu Importeuren. Auch die deutsche Erdgasförderung ist rückläufig. Damit sind sowohl Versorgungssicherheit als auch Preisstabilität gefährdet. Wie schnell sich die Erdgaspreise nach oben bewegen können, zeigte das Jahr 2008 zur Genüge. Es ist zu erwarten, dass sich die Preiserhöhungen beim Erdöl und Erdgas wiederholen werden, nachdem die gegenwärtige Wirtschaftskrise durchlaufen sein wird. Danach könnten die Energiepreise zu einem entscheidenden Hemmfaktor bei der globalen wirtschaftlichen Erholung werden.

Der Deutsche Bundestag betont die Bedeutung einer konsequenten Politik der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien zur Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten. Etwa 40 Prozent unseres heutigen Energieverbrauchs können eingespart werden, der größte Teil davon sogar mit ökonomischem Gewinn. Die größten Potenziale bieten sich im Wärmeverbrauch, der zunehmend durch Erdgas gedeckt wird. Fast die Hälfte der deutschen Wohnungen nutzt Erdgas als Wärmequelle, nicht selten in wenig effizienten Einzelheizungen. Durch den Ausbau von Nahwärmenetzen mit hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) kann der Erdgasverbrauch im Wärmebereich deutlich gesenkt werden. Ein großer Teil der Wärmeversorgung könnte zudem durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Sonnenkollek-

toren, moderne Bioenergieheizungen wie Holzpellets oder Geothermieanlagen senken die Abhängigkeit von Erdgasimporten und schützen zugleich das Klima.

Eine besonders interessante Möglichkeit des Ersatzes von Erdgas bietet das Biogas, da hier weitgehend auf die vorhandene Infrastruktur zurückgegriffen werden kann. Biogas kann europaweit in großen Mengen erzeugt werden und damit einen relevanten Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdgas leisten. Eine Studie des früheren Instituts für Energetik und Umwelt gGmbH und heutigen Deutschen BiomasseForschungsZentrums gemeinnützige GmbH von Anfang 2007 zeigte auf, dass das europäische Biogaspotenzial dazu ausreichen würde, den gesamten Erdgasverbrauch abzudecken, wenn zugleich die Einsparpotenziale genutzt würden. Bei der Potenzialbetrachtung wurde eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung ausgeschlossen.

Deutschland hat seit 1999 erheblich zum Fortschritt der Biogastechnologie beigetragen. Mittlerweile sind rund 3 000 Anlagen in Betrieb, die vor Ort Strom und z. T. Wärme erzeugen. Mindestens 10 Mrd. Kubikmeter Biogas könnten in Deutschland erzeugt werden – das sind mehr als 10 Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs. Um die vorhandenen Potenziale abzurufen, muss die Gesetzgebung für die Einspeisung von Biogas in Erdgasnetze verbessert werden. Die Verbesserungen bei den Verordnungen im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes reichen dafür noch nicht aus. Es wird ein eigenes Biogaseinspeisungsgesetz benötigt, das analog zum Erneuerbare-Energien-Gesetz auch Vergütungssätze für die eingespeiste Energie festlegt, sowie privilegierte Einspeiseberechtigungen in das Erdgasnetz für Biogaserzeuger.

Aus Sicht des Deutschen Bundestages wäre eine Biogasstrategie ein wesentlicher Beitrag zur nationalen und europäischen Gasversorgungssicherheit. Biogas steht im Gegensatz zu Erdgas zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. Seine Kosten sind langfristig kalkulierbar. Es ist sogar zu erwarten, dass aufgrund der technischen Entwicklung in der Erzeugung z. B. bei der Ligninaufschließung sowie der Fortschritte im Pflanzenbau mit stetig fallenden Erzeugungskosten zu rechnen ist. Diese neuen Technologien, die Biomasse in ihrer Biodiversität nutzen können, vermeiden so ökologisch bedenkliche Monokulturen und erzielen dennoch hohe Hektarerträge.

Eine europaweite Biogasstrategie wäre zudem ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz. Nachhaltig erzeugtes Biogas ist dadurch, dass nur so viel Kohlendioxid freigesetzt wird, wie in der verarbeiteten Biomasse gebunden wurde, annähernd klimaneutral. Das bedeutet, dass durch den Ersatz klimaschädlicher fossiler Rohstoffe der Ausstoß von Klimagasen in die Atmosphäre verringert wird. Dieser Klimavorteil muss durch europaweit gültige ökologische und soziale Kriterien für die Biogaserzeugung in entsprechenden Nachhaltigkeitsverordnungen sichergestellt werden.

Der Deutsche Bundestag bedauert, dass die Bundesregierung es im Rahmen der beiden bisherigen Konjunkturprogramme versäumt hat, zielgerichtet Investitionen in die Energieeinsparung und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu lenken. Damit wurde die Chance vertan, einen zukunftsweisenden Strukturwandel einzuleiten, der zu mehr Energieunabhängigkeit, zu mehr Investitionen in zukunftsweisende Technik sowie mehr Beschäftigung und Klimaschutz führen würde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Förderung der Biogaseinspeisung

- ein Einspeisungsgesetz für Biogas vorzulegen, das über Vergütungen für das eingespeiste Biogas ausreichend ökonomische Anreize zur Einspeisung von Biogas in das Gasnetz liefert. Zudem muss die vorrangige Auf-

nahme und Durchleitung von Biogas festgeschrieben werden. Als Vorbild sollte das Erneuerbare-Energien-Gesetz für den Strombereich dienen;

- eine europäische Biogaseinspeisungsstrategie zu initiieren und voranzutreiben. Dabei sollte insbesondere mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zusammengearbeitet werden, durch die Erdgaspipelines aus Russland führen. Die Bundesregierung soll u. a. auf EU-Ebene darauf hinwirken, die Biogaseinspeisungsstrategie über die Grenzen der EU hinaus auszuweiten. Auch die Liefer- und Transitländer für Erdgas wie Russland, die Ukraine und Weißrussland sollten dazu eingeladen werden, sich an dieser Initiative zu beteiligen;
- die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Erzeugung von Biogas sowie zur Einspeisung von Biogas zu verstärken sowie Demonstrationsprojekte zu unterstützen;
- schnellstmöglich eine Nachhaltigkeitsverordnung mit anspruchsvollen sozialen und ökologischen Kriterien vorzulegen, die den Anbau großflächiger Monokulturen, den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen, den Gründlandumbruch sowie die Umwandlung natürlicher Ökosysteme in Anbaufläche für Biomasse ausschließt;

2. zur besseren Nutzung erneuerbarer Wärmepotenziale

- das Wärmegesetz dahingehend zu novellieren, dass auch der Gebäudebestand beim Austausch der Heizung oder weitergehenden Sanierungen einen Teil seiner Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen muss;
- den Haushaltsansatz für das Marktanzreizprogramm (MAP) im Bereich der erneuerbaren Wärmeerzeugung zu verdoppeln sowie ausschließlich auf erneuerbare Energien auszurichten, d. h. keine Erdöl- und Erdgasheizungen mehr mit dem MAP zu fördern;
- ein Programm zu biogenen Reststoffen aufzulegen, in dem insbesondere Kompostwerke auf Vorschalt-Biogasanlagen umgerüstet sowie neue Biogasanlagen für biologische Abfälle, z. B. für die grüne Tonne oder Grünabfälle zu unterstützen;
- die Energieforschung zu verstärken und den finanziellen Schwerpunkt auf die Förderung der Energieeinsparung und den Einsatz erneuerbarer Energien anstelle fossiler und atomarer Energien zu legen;

3. zur Förderung des Einsatzes effizienter Technik und des Energiesparens

- ein Programm zum Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen aufzulegen und dafür zusätzlich 750 Mio. Euro bereitzustellen, in welchem besonders auch die Nutzung von großflächigen Solarkollektoren mit saisonalen Wärmespeichern gefördert wird;
- die Förderung von KWK-Anlagen zu verbessern und den im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verankerten Deckelbetrag von 750 Mio. Euro pro Jahr zu streichen;
- verbindliche Grenzwerte für den Energieverbrauch von Altbauten festzulegen;
- einen einheitlichen, bedarfsorientierten und verbraucherfreundlichen Energiepass für Gebäude einzuführen;
- die Finanzmittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm um 1 Mrd. Euro aufzustocken;
- einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro einzuführen, mit dem vor allem Wohngebiete mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte energetisch saniert und Contracting-Maßnahmen gefördert werden sollen;

- unverzüglich ein Energieeffizienzgesetz vorzulegen, das verbindliche Einsparziele bis 2020 gesetzlich verankert und Energieversorgern das Anbieten von Energiedienstleistungen sowie jährlich einzuhaltende Einsparquoten vorschreibt.

Berlin, den 21. Januar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion